

kultur
TÜR

SONDERAUSGABE 1 / 2019

ZUM BERLINER „GESAMTKONZEPT ZUR
INTEGRATION UND PARTIZIPATION GEFLÜCHTETER“

*Zukunft
gemeinsam
gestalten*



„Ang gekommen in Berlin“

lautet die Überschrift des „Gesamtkonzeptes zur Integration und Partizipation Geflüchteter“, das der Berliner Senat am 17. Dezember 2018 im Roten Rathaus vorgestellt hat. Es ist am Bedarf von Geflüchteten orientiert und soll das Ankommen und Bleiben erleichtern sowie in allen relevanten Bereichen Unterstützung bieten: Unterkunft und Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt etc.

Die kulturTÜR war aufgefordert, ein paar Eindrücke festzuhalten, zu dokumentieren und ihre Sichtweise darzulegen. Herausgekommen ist diese Sonderausgabe mit viel mehr Inhalt als ursprünglich vorgesehen.

Nach Meinung der Migrationsforscherin Naika Foroutan können von dem neuen Integrationskonzept nicht nur Geflüchtete profitieren. Es bilde eine ideale Vorlage für alle Menschen dieser Stadt, wie sie im Gespräch mit der kulturTÜR erläutert. Neben der Migrationsexpertin wurde auch

der Berliner Integrationsbeauftragte Andreas Germershausen interviewt, der die schnelle Integration von Geflüchteten als eine Chance für die Stadtgesellschaft sieht. Darüber hinaus erläutern verschiedene Akteure der Migrationspolitik ihre wichtigsten Punkte für die Umsetzung des Konzeptes.

Berlin bemüht sich durch seine Angebotsstruktur Integration vom ersten Tag an zu ermöglichen. Dass der Aufenthaltsstatus für die Integrations- und Teilhabemöglichkeiten jedoch elementar wichtig ist, wird allgemein anerkannt. kulturTÜR-Autor*innen mit unterschiedlichen Aufenthaltstiteln zeigen ergänzend ihre Standpunkte auf und erläutern, was Integration konkret für sie bedeutet.

Die kulturTÜR-Redaktion

Coverfoto: Juliane Metz

4	DIE TAGUNG IM ÜBERBLICK Ein großer Schritt nach vorne JULIANE METZ
5	DAS KONZEPT – EIN FAHRPLAN FÜR BERLIN Herausforderungen gemeinsam anpacken – Teilhabe ermöglichen JULIANE METZ
6	INTERVIEW MIT DER MIGRATIONSEXPERTIN NAIKA FOROUTAN Auf dem richtigen Weg YVONNE SCHMITT
10	UMFRAGE UNTER DEN VERSCHIEDENEN AKTEUREN ... und jetzt? Was uns bewegt KULTURTÜR
15	INTERVIEW MIT DEM INTEGRATIONSBEAUFTRAGTEN ANDREAS GERMERSHAUSEN Berlin kann nur profitieren HARETH ALMUKDAD UND RITA ZOBEL
17	STANDPUNKTE „Lernende“ Flüchtlingspolitik RITA ZOBEL Angekommen in Berlin? SOMAYEH RASOULI Immer wieder neue Ziele ... HARETH ALMUKDAD Schnelle Integration – aber wie? MORTAZA RAHIMI
21	IMPRESSUM & PROFILE

„Ein großer Schritt nach vorne“

JULIANE METZ

Am 17. Dezember 2018 lud der Senat zur öffentlichen Präsentation des „Gesamtkonzeptes zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ ins Rote Rathaus ein. Neben namhaften Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung und den zahlreichen Organisationen und Initiativen, die am Konzept mitgearbeitet haben, waren viele interessierte und engagierte Bürger*innen aus ganz Berlin eingeladen.



Im vollbesetzten Festsaal begrüßte am Vormittag der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, die Tagungsteilnehmenden und dankte allen Beteiligten für ihr großes Engagement. Das Konzept sei eine wichtige Grundlage für die zukünftige politische Arbeit und ein großer Schritt nach vorne. Die Themen Integration und Zuwanderung würden die Stadt noch viele Jahre begleiten. Berlin habe viele Jahrzehnte

lang große internationale Solidarität erfahren. Diese könne die Stadt jetzt zurückgeben.



Stolz betrat daran anschließend Elke Breitenbach, die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales mit einem dicken Aktenordner, der das fertige Konzept enthielt, das Podium. Ohne Frage sei der Entstehungsprozess langwierig und nicht immer leicht gewesen, aber es habe sich absolut gelohnt: mit diesem Konzept habe der Senat jetzt eine umfassende Grundlage, an dem er sich zukünftig orientieren werde.

Andreas Germershausen, der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, umriss in seinem Beitrag die Hauptziele des neuen Konzeptes. Einen wissenschaftlichen Blick auf die Aufgaben einer partizipativen Integrationspolitik bot Frau Prof. Dr. Naika Foroutan, Direktorin

des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Mit beiden hat die kulturTÜR ausführlicher gesprochen. Das Rahmenprogramm bildeten zwei Auftritte des Begegnungschores.

Nach dem Mittagessen ging es in die Diskussion: In fünf parallelen Fachforen konnten sich die Teilnehmer*innen einen tiefergehenden Eindruck von den Ergebnissen der Facharbeitsgruppen verschaffen, Fragen stellen und Anregungen und Kritik äußern. Am Nachmittag wurden die Ergebnisse vorgestellt. Zu Ende ging die Veranstaltung mit einem sehr zuversichtlichen Fazit von Herrn Germershausen: Konstruktiv unter Einbeziehung der verschiedenen Wünsche und Interessen der Menschen ins Gespräch zu gehen, sei der beste Weg für ein zukünftiges gutes Zusammenleben in der Stadt.

Einen Live-Mitschnitt der Veranstaltung finden Sie hier:

<https://www.berlin.de/lb/intmig/integration-im-dialog/ergebnisse/artikel.766959.php>

Ein Fahrplan für Berlin

Herausforderungen gemeinsam anpacken – Teilhabe ermöglichen

JULIANE METZ

Das vorgelegte „Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ des Berliner Senats umfasst insgesamt neun Handlungsfelder, die sich an den grundlegenden Anliegen und Bedürfnissen geflüchteter Menschen orientieren. Es enthält eine breitangelegte Strategie und soll eine inhaltsstarke Grundlage für die Verbesserung ihrer Lebenssituation und zukünftige Teilhabe und Integration in die Berliner Stadtgesellschaft bilden. Eine angemessene Unterkunft und Beschäftigung, Zugang zu Bildungsangeboten und vor allem das Erlernen der deutschen Sprache sind wesentliche Grundsteine für die Integration und Partizipation – entsprechend werden diese Themenbereiche im Konzept besonders detailliert und ausführlich behandelt.

Wie können behördliche Vorgänge beschleunigt werden? Wie gelingt es, die gesundheitliche Versorgung zu verbessern und schutzbedürftige Gruppen zu erreichen? Wie kann die Integration Geflüchteter in die jeweiligen Sozialräume, in denen sie sich bewegen, ermöglicht werden? Wie lässt sich das Demokratieverständnis verstärken, und wie kann einer Radikalisierung vorgebeugt werden? Auf diese und viele weitere Fragen versucht das Konzept eine Antwort zu geben. Auch andere Themen, die

die gesamte Stadtgesellschaft betreffen und diese im Alltag immer wieder intensiv beschäftigen, werden behandelt, darunter Antidiskriminierung, Religion und die wichtige Rolle des bürgerschaftlichen Engagements.

Neben einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation und der bestehenden Herausforderungen werden für jedes Thema die erforderlichen Schritte und praktischen Aufgaben genannt. So werden beispielsweise im Handlungsfeld „Jugend und Familie“ neben der Wichtigkeit der vorschulischen Bildung auch die entscheidende Funktion von Angeboten zur Berufsorientierung und -vorbereitung sowie Unterstützung bei der Wahl der passenden Ausbildung thematisiert. Besonders hervorgehoben wird die Notwendigkeit, dass sich pädagogische Fachkräfte fortbilden, um Geflüchtete bedarfsgerecht unterstützen zu können.

Die Erarbeitung des Strategiepapiers hat mehr als ein Jahr in Anspruch genommen. In den verschiedenen Facharbeitsgruppen waren ehrenamtliche Initiativen, in der Geflüchtetenarbeit aktive NGOs, Migrant*innenorganisationen, aber auch Fachverbände, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Sozialpartner und die Bundesagentur für Arbeit beteiligt. Der Senat war bemüht, auch Geflüchtete in den Prozess einzubinden.

So wurde z.B. die Facharbeitsgruppe Partizipation eingerichtet, in welcher Geflüchtete ihre Bedarfe benennen konnten. Bei der Reihe „Integration im Dialog“ die in elf Berliner Bezirken stattfand, hatten die Bürgerinnen und Bürger selbst die Gelegenheit, sich einzubringen. Bei der Veranstaltung im Bezirk Steglitz-Zehlendorf im Dezember 2017 war die kulturTÜR-Redaktion beteiligt und hat sich als Beispiel für gelungene Partizipation vorgestellt.

Nach der Verabschiedung und Präsentation des Konzeptes geht es jetzt an die Umsetzung. Damit diese gelingt, ist unter anderem ein regelmäßiges Monitoring anhand von qualitativen und quantitativen Indikatoren vorgesehen, mit dem die Umsetzung der Maßnahmen beobachtet und ggf. nachgesteuert werden kann. Der Öffentlichkeit soll bei Fachworkshops und in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen die Möglichkeit gegeben werden, sich aktiv am Umsetzungsprozess zu beteiligen. Dies kann im Internet auf der Website der Beauftragten des Senats für Integration und Migration verfolgt werden.

Das Gesamtkonzept können Sie hier als PDF herunterladen:
<https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/fluechtlinge/fluechtlingspolitik/>

Auf dem richtigen Weg

Der Prozess, der zum „Berliner Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ geführt hat, besitzt Vorbildcharakter, berichtet die Migrationsforscherin Naika Foroutan im Interview mit der kulturTÜR

YVONNE SCHMITT



Bleibt auch in Zukunft für Berlin am Thema: Die Migrationsforscherin Professorin Naika Foroutan (rechts im Bild).

Foto: Thomas Luthmann

Von wissenschaftlicher Seite unterstützte das Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung die Erstellung des Gesamtkonzeptes. Die kulturTÜR hat mit dessen Direktorin Naika Foroutan gesprochen.

Welches sind aus Ihrer Perspektive die wichtigsten Themen dieses Gesamtkonzeptes?

Das, was an diesem Papier hervorsticht, ist im Grunde der Prozess, wie es entwickelt wurde. Dieser partizipative Ansatz, dass so viele unterschiedliche Verwaltungsbehörden, Nachbarschaften und unterschiedliche Zielgruppen über fast zwei Jahre eingebunden wurden, ist wirklich einzigartig und hat einen ganz starken Vorbildcharakter. Das, was darin entwickelt wurde, ist sehr stark an den Bedarfen der Leute formuliert worden, weil sie ihre Ziele von Anfang an mit einbringen konnten. Wenn die Prozesse mit den Personen gemeinsam geführt werden, entsteht natürlich auch ein konkreteres Papier. Das vorliegende Gesamtkonzept enthält genau die Handlungsfelder, die wir auch aus der Forschung benannt hätten.

Wo sehen Sie jetzt schon positive Signale, dass man auf dem richtigen Weg ist?

Ich komme noch einmal auf den Prozess zurück, weil man dazu

neigt, immer auf das fertige Produkt zu schauen und denkt: Das soll jetzt der große Wurf sein, an dem man zwei Jahre lang gearbeitet hat? Aber in Wahrheit ist hier sehr stark der Weg das Ziel. Denn um Vertrauen zu schaffen, und Partizipation lebt von Vertrauen, muss man erst einmal den Weg der gemeinsamen Arbeit mitgegangen sein. Und es gibt nun einmal auch sehr viel Misstrauen der Gruppen untereinander. Wir haben zum Beispiel festgestellt, dass im Zuge der NSU-Morde das Vertrauen in die Politik sehr stark geschwunden ist. Es war interessant, wie die damalige Integrationsbeauftragte Aydan Özoğuz Vertrauen in die Politik zurückgewinnen konnte, indem sie viele Verbände ins Kanzleramt einlud. „Das Konzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter betrifft ganz konkret Menschen mit Migrationsgeschichte. Es bildet eine Grundlage, um weitere nicht dominante gesellschaftliche Gruppen zu integrieren. Denn die Idee der Partizipation betrifft genauso LGBTI-Gruppen (Anmerkung der Redaktion: Lesben,

Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle). Es betrifft ältere Menschen und Frauen stärker als Männer. Und daher ist das Konzept so angelegt, dass man es für andere Bedarfsgruppen ausbauen kann.“

Sehen Sie Stolpersteine auf dem Weg der Umsetzung?

Ich glaube, dass das gesellschaftliche Klima im Moment nicht so positiv ist, um zielgruppenspezifische Maßnahmen für Geflüchtete zu schaffen. Natürlich können nicht alle das gleiche Gesetz bekommen, weil alle Personen zielgruppenspezifische Bedarfe haben. Dennoch wäre es erstrebenswert, ein Partizipations- und Teilhabegesetz für alle Berlinerinnen und Berliner zu schaffen. Und da sehe ich insofern Stolpersteine, weil seit 2015 sehr stark das Argument geführt wird: Ihr macht alles für die Geflüchteten, und für uns macht Ihr nichts. So viele Jahre fragen wir schon vergeblich nach Einbindung in die Nachbarschaft oder ehrenamtliche Unterstützung. Und jetzt macht Ihr so viele Anstrengun-



Die Präsentation des „Gesamtkonzeptes zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ wurde mit Gesangseinlagen des Begegnungschors aufgelockert.



gen für gerade mal 100.000 Leute, die in dieser Stadt sind. Und da könnte gesagt werden, es wird zu viel Aufmerksamkeit auf eine kleine Gruppe gelenkt. Deswegen glaube ich, dass das Konzept fortgesetzt werden müsste. Nach dem Motto: Wie in einem Pilotprojekt probieren wir es mit einer kleinen Gruppe in einem bestimmten Bezirk aus, und danach erweitern wir es auf die gesamte Stadt, wo schon so lange Menschen leben, die eben das Gefühl haben, nicht gesehen zu werden.

Das wären die kleinen Zielsetzungen, um die Gesellschaft mitzunehmen?

Und dabei kann man auch partizipativ vorgehen: Wenn man für einen Stadtteil versucht, Konzepte umzusetzen, kann man die dort gemachten Erfahrungen im nächsten Stadtteil nutzen. Das Wichtigste wäre jetzt, den angestoßenen Prozess fortzuführen,

weil Vertrauen jetzt gewonnen und aufgebaut worden ist. Und ich glaube auch, dass es für die Verwaltung ein schwerer Prozess war, mit vielen Akteuren zusammenzukommen, die sich einmischen und die man nur punktuell sieht. Ich fände es spannend, die Beteiligten einmal zu befragen, ob sie jetzt das Gefühl haben, dass in das Papier jetzt mehr eingeflossen ist, als das, was sie normalerweise kennen, wenn sie solche Papiere oder Gesetzestexte erstellen.

Wenn Sie in die Zukunft schauen, welches Bild haben Sie von der Berliner Stadtgesellschaft in zehn Jahren?

48 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren haben momentan in Berlin einen Migrationshintergrund. Das heißt, in spätestens zwölf Jahren wählen sie den Berliner Senat mit. Dann verändert sich natürlich auch die An-

sprache. Sie sind dann Berliner Bürger und Bürgerinnen, als die sie sich schon heute sehen. Wenn man sich als Teil einer Stadtgesellschaft sieht, dann sind andere Faktoren oft irrelevant. Wenn ich jetzt sage, 'Ich bin Berliner', dann ist der Faktor, dass ich eine Frau bin, im Moment gar nicht so wichtig, wenn ich mich als Bürgerin für bestimmte Belange einbringen möchte. Oder der Faktor, dass ich einen Migrationshintergrund habe, spielt dann keine Rolle, wenn ich möchte, dass der Spielplatz um die Ecke sauberer wird. Durch den Bedarf, den ich als Bürgerin artikuliere, passiert ganz viel bürgerschaftliches Engagement für die Stadtgesellschaft, das über die eigenen Bedarfe hinausgeht. Natürlich ist es wichtig hinzugucken, wo Zielgruppen nicht gleichberechtigt partizipieren können, es heißt ja auch Partizipationskonzept. Um Parti-



Fotos: Hareth Almukdad

zipation zu ermöglichen, muss man sich Dinge einfallen lassen. Wenn ich z. B. eine Frauenquote im Senat haben möchte, und es bewirbt sich niemand, bin ich in der Pflicht, um die Frauen zu werben. Und so hat sich das Partizipationskonzept gleichberechtigte Teilhabe zum Ziel gesetzt, und daran muss es sich in zehn Jahren messen lassen.

Könnte dieses Integrations- und Teilhabekonzept über Berlin hinaus eine Signalwirkung haben?

Es gibt kleinere und größere Projekte, die in Deutschland partizipativ vonstatten gehen. Das wird jetzt auch in den ostdeutschen Bundesländern sehr oft ausprobiert, weil man gemerkt hat, dass bei bestimmten Entscheidungen, die von fern her getroffen wurden, wie ‚In deine Stadt kommt jetzt eine Notunterkunft‘, die Bürger rebellieren. Man hat verstanden,

politische Entscheidungen gemeinsam zu diskutieren und möglicherweise Abstriche zu machen. Spätestens nach Stuttgart 21 hat man gemerkt, dass man besser hätte kommunizieren müssen.

Dass eine ganze Stadt partizipativ ein Konzept über einen solchen Zeitraum entwickelt, ist sehr, sehr innovativ. Und ich glaube, dass andere Bundesländer davon sehr viel lernen können, auch solche Konzepte zu entwickeln. Ich glaube, dass Berlin auf jeden Fall eine Vorreiterrolle spielt.

Das Papier berücksichtigt viele Punkte. Ist es vielleicht ein bisschen zu ambitioniert?

Nein, das glaube ich nicht, denn die unterschiedlichen Senatsverwaltungen haben jeweils ein eigenes Modul. Das heißt, an einer Umsetzung im Bereich Gesundheit muss nicht der Bildungs Senat mitarbeiten. Und für den Bereich

Gesundheit ist relativ konkret umrissen, wie man Traumaver-sorgung angemessen bearbeiten kann oder Leute besser einbinden kann, selbst in der psychosozialen Versorgung aktiv zu werden. Wenn wir im Bereich der Bildung sehen, wie Sprach- oder Kultur-mittler eingesetzt werden, wie Lesepatenschaften an Schulen funktionieren, dann sind das kleine, aber konkrete Dinge, die eine Verwaltungseinheit umsetzen kann.

So könnte das Paket von Erfolg gekrönt sein?

Natürlich gibt es bestimmt Leute, die sich mehr erhofft haben. Aber so, wie es aufgebaut ist, ist es keine Utopie und könnte gut umgesetzt werden.

Frau Foroutan, wir danken Ihnen für das Gespräch.

... und ?
jetzt ●

Was uns bewegt

Das Besondere am neuen Gesamtkonzept ist die Beteiligung von Akteuren aus unterschiedlichsten Bereichen. kulturTÜR hat am Rande der Präsentation einige von ihnen gefragt, was ihnen für die Umsetzung des Konzeptes besonders am Herzen liegt und um einen kleinen Blick in die Zukunft gebeten.

1

Welches Thema liegt Ihnen für die Umsetzung von Integration und Partizipation besonders am Herzen?

2

In welchen Bereichen sehen Sie die größten Herausforderungen?

3

Wenn Sie in zehn Jahren zurückblicken, woran sehen Sie, dass Ihre Ziele umgesetzt sind?

Was hat sich konkret verändert?



Elke Breitenbach
 Senatorin für Integration, Arbeit und
 Soziales, Senatsverwaltung
 Foto: Hareth Almkdad

1 Also auf ein Thema kann ich mich da gar nicht beschränken. Ich finde Bildung extrem wichtig, den Zugang zu Arbeit und Ausbildung, aber auch Wohnung... Und ich finde es auch extrem wichtig, dass der Zugang zu den Behörden funktioniert...

2 Große Herausforderungen sehe ich im Bereich Arbeit und Ausbildung. Das hat sich ja alles positiver entwickelt, als die Prognosen waren. Wir müssen aber feststellen, dass noch ganz viele der Geflüchteten im Niedriglohnbereich arbeiten. Deshalb freue ich mich sehr, dass jetzt so viele junge Geflüchtete eine Ausbildung machen wollen. Das ist ja eine der Grundvoraussetzungen, mal besser zu verdienen.

3 Wenn ich zehn Jahre weiterdenke, dann gehe ich davon aus, dass die Menschen eine Arbeit haben, von der sie leben können. Dass Geflüchtete eine eigene Wohnung haben ... und sie in dieses System eingebunden sind, das sich für Menschen unterschiedlicher Kulturen geöffnet hat. Wir sind alle zusammen Berlinerinnen und Berliner, die aktiv diese Stadt gestalten und friedlich miteinander leben.

1 Bildung steht für mich an erster Stelle. Ich gehöre zur Schlesischen 27, und da kümmern wir uns um Ausbildung für Geflüchtete.

2 Der normale Zustand passt für viele nicht. Zum Beispiel schaffen viele unserer Auszubildenden ihr Schuljahr nicht. Wie kann man damit umgehen? Was muss passieren, damit sich das ändert?

3 Wenn jeder, der zu uns kommt, einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit hat, dann haben wir es auch geschafft.



Issa Khatib
 Mitarbeiter Arrivo
 Übungswerkstätten / S27 – Kunst
 und Bildung
 Foto: Hareth Almkdad



Miriam Camara
Moderatorin / Geschäftsführerin
AKOMA Bildung & Kultur
Foto: Hareth Almukdad

1 Mir liegt es grundsätzlich am Herzen, dass Menschen, die von Konzepten, Regeln, Gesetzen betroffen sind, an deren Ausarbeitung mitwirken können. Dass ihre Realitäten berücksichtigt werden und zwar durch sie selbst, das heißt, dass mit ihnen ins Gespräch gegangen wird, es auch ernst genommen wird und tatsächlich in die Texte eingeht und dann auch in Maßnahmen, die daraus folgen.

Die größten Herausforderungen liegen im geltenden Asylrecht. Das ist auch das Problem, denn es muss sich alles im Rahmen von geltendem Recht und Gesetz bewegen, und die Gesetze sind immer einschränkender, stringenter geworden für Menschen, die in Deutschland Asyl suchen. Und der Weg, Gesetze zu ändern, ist lang und beschwerlich.

2 Dass wir nicht mehr Gesetze und Konzepte für einzelne, marginalisierte Gruppen aufsetzen, sondern dass wir tatsächlich von einer inklusiven Stadtgesellschaft ausgehen und das Konzept der Inklusion ganzheitlich sehen, auf alle Menschen, die in der Stadt, im Land leben.

3 Wenn wir in zehn Jahren noch einmal auf heute schauen, dann wünsche ich mir, dass wir ein bisschen weniger von den Geflüchteten, den Migranten und den Deutschen – wie auch immer sie dann definiert werden – reden, also, dass wir weniger von diesen Gruppen als ausschließende Kategorien sprechen.

1 Partizipation und Teilhabe von Geflüchteten ist für mich besonders wichtig. Dass Geflüchtete nicht mehr über den Aspekt der Sicherheit definiert werden, sondern als normaler Teil der Gesellschaft gesehen werden, als Berliner*in und Berliner, das fände ich einen Schritt nach vorne!

2 Integration ist ein Prozess, der nicht ein, zwei Jahre, sondern viel länger dauert. Da gibt es spezifische Bedürfnisse, die berücksichtigt werden müssen. Von diesen Bedürfnissen müssen wir ausgehen. Ein Beispiel sind Sprachkurse für Frauen mit Kinderbetreuung. Da können auch von Geflüchteten selbst gegründete Initiativen berücksichtigt werden.

3 Wir sollten den Mehrwert sehen, zum Beispiel bei der Sprache: Geflüchtete Kinder können gleichzeitig ihre Muttersprache und Deutsch sprechen. Sie wachsen mehrsprachig auf. Und das ist Mehrwert für uns alle. Das muss auch als solcher gesehen werden.



Dr. Ibrahim Alsayed
Vorstandsvorsitzender Salam e.V.
Foto: Hareth Almukdad

1 Eindeutig das Thema „Ankommen und Bleiben“. Die Registrierung, Versorgung und Unterbringung geflüchteter Menschen sind für mich persönlich die entscheidenden Themen, mit denen ich mich auch täglich beschäftige.

2 Oftmals ist bei den Unterkünften, die für Geflüchtete errichtet wurden und werden, die sozialräumliche Vernetzung nicht gegeben. Die Standorte werden danach gewählt, wo es Grundstücke gibt, und nicht danach, wo es Kitas, Schulen oder ein Schwimmbad gibt. Und so gibt es häufig keinerlei sozialräumliche Anbindung. Daraus resultieren logischerweise eine Menge Schwierigkeiten. Aber wir kennen die schwierigen Verhandlungen um die Grundstücke mit den Bezirken.

3 Das hängt auch von Fluchtzahlen ab, wie die sich verändern. Ich glaube aber, dass diese sich nicht drastisch nach unten entwickeln werden, der Bedarf wird unverändert da sein. Die Gesellschaft, zumindest der Großstädte, wird sich weiter verändern, und die Strukturen müssen sich entsprechend ändern. Ich hoffe, dass wir in zehn Jahren weiter sind. Letztendlich tun wir ja aktuell nicht nur etwas für geflüchtete Menschen, sondern auch für alle anderen, die sich benachteiligt fühlen. Die Themen sind ja für viele Menschen immer die gleichen, man denke nur an bezahlbare Wohnungen, Kitaplätze und Schulen.



Christian Lüder
Initiator von Berlin hilft
Foto: Thomas Luthmann

1 Oh, da kann ich mich ganz schwer entscheiden – ich bin ja im Vorstand von ISI e.V., einer Selbsthilfeorganisation von Migratinnen für Migrantinnen, daneben engagiere ich mich aber bereits seit 30 Jahren für geflüchtete Menschen, beruflich und ehrenamtlich. Generell interessiere ich mich für alle Bereiche. Aber die Stärkung von Frauen liegt mir ganz besonders am Herzen.

2 Tatsächlich finde ich die Herausforderungen für Frauen ganz besonders groß, und zwar in allen Bereichen, sei es, was ihre Aufgaben in der Familie und auf dem Arbeitsmarkt angeht oder auch, was ihre Gesundheit angeht.

3 Ich hoffe und glaube, dass es noch sehr viel mehr Selbstorganisationen geben wird. Dies muss allerdings auch aktiv von der Politik unterstützt werden. Auch sollte die Rolle der Frauen bis dahin eine stärkere sein: mehr Frauen in Politik und Bildung, aber auch in Führungspositionen. Die aktuelle Bestandsaufnahme ist ziemlich frustrierend, aber man darf nicht resignieren, sondern sollte weiter darum kämpfen und daran glauben.



Shahla Payam
Vorstand der Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V. (ISI)
Foto: Juliane Metz



Haldun Canulat
Student der Öffentlichen Verwaltung und Praktikant im Rathaus Pankow
Foto: Hareth Almukdad

1 Der Zugang zu Arbeit und die interkulturelle Öffnung sind für mich am wichtigsten.

2 Die größte Herausforderung sehe ich im öffentlichen Dienst. Wenn ich zum Beispiel in die Schulen schaue, dann sehe ich in den Klassenzimmern (bei den Schülern und Schülerinnen) sehr viel Heterogenität. Dagegen ist im Lehrerzimmer das Bild sehr homogen.

3 Ich wünsche mir mehr Vielfalt. Wir haben heute gesehen, dass wir damit noch am Anfang stehen. Vor allem auch im öffentlichen Dienst muss mehr interkulturelle Öffnung stattfinden.

Berlin kann nur profitieren

In allen politischen Handlungsfeldern sollte auf Integration gesetzt werden

HARETH ALMUKDAD UND RITA ZOBEL

Der Berliner Integrationsbeauftragte Andreas Germershausen erläutert im Gespräch mit der kulturTÜR, welche Chancen und Herausforderungen er bei der Umsetzung des Gesamtkonzeptes sieht.



Andreas Germershausen, der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, koordinierte den Prozess zur Entwicklung des Gesamtkonzeptes. Foto: Hareth Almukdad

Herr Germershausen, seit 1984 beschäftigen Sie sich mit Flüchtlings- und Asylfragen. Was tragen Geflüchtete aus Ihrer Sicht zur Stadt-Gesellschaft bei?

Ich glaube, dass Berlin sehr von Geflüchteten profitiert. Berlin wird wahrgenommen als eine wirklich kreative Stadt, die von Vielfalt und Diversität geprägt ist. Das sieht man auch an der lokalen Kultur, und das macht Berlin aus.

Was sehen Sie als die größten Erfolge in Ihrer Zeit als Integrationsbeauftragter an?

Es ist natürlich eine große Stärke, dass unter meiner Zuständigkeit die Integrationslots*innen in der Stadt tätig geworden sind. Oder dass wir allen, die neu ankommen, über die Volkshochschulen Sprachförderung bieten. Auch, dass wir ein gutes Netzwerk zur Anerkennung von beruflichen Kompetenzen von Migrant*innen haben und zur Vermittlung von Geflüchteten in Arbeit. Und auch dass wir die Berufs-Kampagne „Berlin braucht dich“ machen. Damit haben wir sehr viele Auszubildende aus Einwandererfamilien in den öffentlichen Dienst oder in öffentliche Unternehmen gebracht.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, das Gesamtkonzept zu entwickeln. Wir hatten ja bereits die Federführung für die Koordination der Aktivitäten aus dem Masterplan. Da sind ja sehr viele Förderprogramme entstanden, und wir haben das für den Senat zusammengefasst. Das haben wir offensichtlich ganz gut gemacht,

so dass uns der Senat jetzt aufgefordert hat, das Gesamtkonzept zu koordinieren. Also, das sind schon Highlights.

Wo liegt da für Sie die größte Herausforderung in Bezug auf die Integration?

Uns war es bei der Integration von Geflüchteten sehr wichtig, dass es schnell geht. Zum Beispiel, dass wir von Beginn an Sprachförderung anbieten und nicht erst nach Klärung des Asylverfahrens. Das hat sich auch bewährt. Der Übergang in Arbeit und Ausbildung war dann erstmal die größte Herausforderung. Und das ist offensichtlich erfolgreicher verlaufen als es im Sommer 2015 eingeschätzt wurde. Und heutzutage ist natürlich die größte Herausforderung der Übergang in selbstbestimmtes Wohnen. Das ist insgesamt in der Stadt eine große Schwierigkeit, wie wir an der Mietentwicklung sehen. ... Hier zeigt sich ein sehr wichtiger, grundsätzlicher Punkt in der Frage nach der Integration, nämlich die Frage der Bevorzugung oder Benachteiligung. Das Risiko liegt darin, dass sich damit Neiddebatten schüren lassen. Bei Bildung und Arbeit gibt es das weniger. Da sehen alle ein, dass es notwendig ist. Hier aber hören Sie jetzt mitunter von Menschen, die eigentlich grundsätzlich liberal denken, Sätze wie „Den Flüchtlingen wird alles hinterher geschmissen, und wir müssen uns selbst eine Wohnung suchen“. Dabei ist es für Flüchtlinge viel schwieriger eine Wohnung zu finden. ... Und dieser Punkt hat

eine hohe Sprengkraft. Politische Parteien, die gegen Migrant*innen und Flüchtlinge eingestellt sind, können genau da eine sehr negative Stimmung erzeugen. Das ist natürlich für jeden, der Integrationspolitik betreibt, eine immense Herausforderung. Es erscheint jetzt so, als wäre der Zugang zu Wohnungen die eigentliche Integrationsfrage. Dabei ist alles andere genauso wichtig. Und wie Frau Foroutan in ihrem Vortrag sagte, muss man bei der Integration auch an die denken, die sich abgehängt fühlen.

Welches Thema liegt Ihnen für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes Partizipation und Integration besonders am Herzen?

Berlin hat nur eine Chance, wenn es migrationsgerecht entwickelt ist. Es ist wichtig für die Stadt, dass es Strukturen gibt, in die sich Geflüchtete schnell integrieren und in denen sie sich zurechtfinden können. Eine aufnahmebereite Stadt zu sein heißt, dass in allen politischen Handlungsfeldern der Fokus auf Migration gesetzt wird. Aus der Perspektive der Flüchtlinge hoffe ich, dass möglichst viele eine gute Zukunft für sich entwickeln können, die auch sozialen Aufstieg beinhaltet.

Ich empfand es als ein großes Kompliment, dass Frau Foroutan sagte, wir sollen das jetzt nicht nur für die Geflüchteten machen, sondern ausweiten auf die ganze Gesellschaft und alle einbeziehen. Da haben wir dann doch offensichtlich einiges richtig gemacht.

„Lernende“ Flüchtlingspolitik

RITA ZOBEL

Durch das „Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter“ des Berliner Senats sollen neu ankommende Personen möglichst schnell in Berlin Fuß fassen können. Während der Bund durch die Einführung sogenannter Anker- und Transit-Zentren Geflüchtete ausgrenzt, bis ihr Status geklärt ist, setzt der Berliner Senat mit dem Gesamtkonzept verstärkt auf die Integration von Geflüchteten von Anfang an. Damit übernimmt er eine Vorreiterrolle.

Partizipative Beteiligung wird groß geschrieben. So waren an der Ausarbeitung des Gesamtkonzeptes nicht nur die Senatsverwaltungen und Bezirke beteiligt. In die jeweiligen Facharbeitsgruppen brachten sich auch Vertreter*innen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen ein, von Migrant*innenorganisationen über ehrenamtliche Initiativen, Gewerkschaft, Wirtschaft und Sozialpartner*innen. Zu einigen

Sitzungen von Facharbeitsgruppen waren auch Geflüchtete eingeladen. Die Veranstaltung am Vormittag des 17. Dezember 2018 wurde per Flüstern ins Arabische oder Englische gedolmetscht.

Auch bei der Umsetzung des Konzeptes soll auf Partizipation gesetzt und die Öffentlichkeit beteiligt werden. Dafür werden weitere Dialogveranstaltungen und ressortübergreifend fachliche Workshops geplant. Des Weiteren soll es auch die Möglichkeit zur Mitarbeit in den Fachgruppen geben. Bei der Präsentation des Gesamtkonzeptes konnte dieser Anspruch jedoch nicht vollends eingelöst werden. Interessenten, die zusammen mit kulturTÜR-Autor*innen an den Foren teilnahmen, wurden dort nicht ausreichend eingebunden. Hier wären partizipative Methoden, um auch die Anwesenden einbeziehen zu können, wünschenswert gewesen. Diese Chance wurde

bedauerlicherweise verpasst. Inwieweit tatsächlich eine aktive Partizipation erwünscht ist und ermöglicht wird, bleibt also noch abzuwarten bzw. einzufordern.

Zur Umsetzung des Gesamtkonzeptes setzt der Senat darauf, die Erfolgsfaktoren für Integration zu beobachten und zu messen. So lässt er den Prozess durch ein Monitoring begleiten, das ein Nachsteuern ermöglicht. Ob die Verwaltung flexibel genug reagieren kann und das Konzept der „Lernenden Flüchtlingspolitik“ verinnerlicht, wird die kulturTÜR aufmerksam verfolgen.

Angekommen in Berlin?

SOMAYEH RASOULI

Im Sommer 2015 kamen viele Geflüchtete in Deutschland an. Afghanistan ist nach Syrien das zweitstärkste Herkunftsland. Der große Teil der afghanischen Flüchtlinge hat sich in diesen drei Jahren gut integriert. Trotz aller Hürden haben viele schon die Sprache gelernt und bereits eine Ausbildung angefangen.¹

Wenn ich von Hürden spreche, meine ich die, von denen insbesondere Afghanen betroffen sind. Sie gehören zur Gruppe von Geflüchteten mit einer Schutzquote von weniger als 50 %, das heißt, nur noch bei weniger als der Hälfte aller Asylentscheidungen werden berechtigte Fluchtgründe anerkannt. Konkret bedeutet dies, dass Afghanen keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben; denn einen Zugang zu diesen Kursen während des laufenden Asylverfahrens erhalten nur Geflüchtete mit einer „guten Bleibeperspektive“.² Aber auch ohne den rechtlichen Anspruch bemühen sich viele, die deutsche Sprache zu ler-

nen und sich in ihrem neuen Land zu integrieren.

Die Einordnung in die Kategorie einer sog. „geringen Bleibeperspektive“, die einem je nach Herkunftsland automatisch zugeschrieben wird, erschwert auch die Suche nach einem Ausbildungsplatz. Ich möchte zum Beispiel Hebamme werden. In Berlin gibt es aber mit etwa 60 Plätzen nur sehr wenige Ausbildungsplätze in diesem Bereich. Und da werden bevorzugt Deutsche eingestellt, danach EU-Bürger, dann eventuell auch Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis. Als Geflüchtete ohne Aufenthaltsgenehmigung werde ich dazu kaum eine Chance bekommen. Würde ich aber in einer anderen Stadt einen Ausbildungsplatz finden, dürfte ich als Asylbewerberin wegen der Residenzpflicht gar nicht erst hingehen. Diese Probleme vermindern nicht nur meine Chancen zu einer guten Integration, sondern rauben auch die Motivation. Würde der Staat

statt solcher Einschränkungen schon früh bessere Integrationsbedingungen schaffen, könnte das Ergebnis bei der Integration von Geflüchteten viel besser ausfallen, obwohl die Zahlen auch jetzt schon gut aussehen.

Ich habe mittlerweile gut Deutsch gelernt, meinen Hauptschulabschluss gemacht und befinde mich gerade in einer Ausbildung zur Pflegeassistentin, was Voraussetzung für eine Hebammenausbildung ist. Das heißt, ich bin angekommen, nehme teil an der Gesellschaft und versuche mich so gut es geht zu integrieren. Nun wurde mein Asylantrag abgelehnt. Ob ich bleiben kann und wie es für mich weitergeht, ist völlig offen. Das neue Konzept, das mit „Angekommen in Berlin“ überschrieben ist, gilt bisher für mich leider noch nicht, denn ich weiß immer noch nicht, wann ich tatsächlich angekommen sein werde.

¹ Quelle: <https://www.faktenfinder.tagesschau.de/inland/kramer-fluechtlinge-arbeitsplaetze-101.html>

² Berlin unterstützt dieses Engagement durch das Angebot von kostenlosen Deutschkursen für alle Geflüchteten unabhängig vom Herkunftsland.

Immer wieder neue Ziele...

HARETH ALMUKDAD

Ich persönlich finde das Wort Partizipation besser als das Wort Integration. Als ich in Deutschland ankam, war mein erstes Ziel, die Sprache zu lernen. Sie ist der Schlüssel zu allem im neuen Land. Doch wegen der Überlastung des BAMF und der Ausländerbehörde musste ich ein Jahr warten, bis ich eine Sprachschule besuchen konnte. Ich musste nur sitzen und warten. Ich entschied mich jedoch, nach einer anderen Möglichkeit zu suchen, um die Sprache und die neue Gemeinschaft kennenzulernen. Ich wollte nicht herumsitzen und auf meine Aufenthaltserlaubnis warten, die sich möglicherweise noch weiter verzögern würde.

Über einen Bekannten lernte ich schließlich das KulturTÜR-Magazin kennen. Dort nahm man meine Unkenntnis über die Grundlagen des Deutschen in Kauf, und meine Kolleg*innen halfen mir bei meinen ers-

ten Versuchen mit dem Erlernen der Sprache.

Der wöchentliche Besuch der Redaktionssitzung war der erste Schritt, die Sprache zu lernen und meine Angst zu sprechen zu durchbrechen. Durch das Magazin habe ich an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, und mein soziales Netzwerk begann sich zu erweitern, und gleichzeitig begann sich meine deutsche Sprache zu verbessern. Dann bekam ich einen befristeten Aufenthalt, so dass ich endlich auch Sprachkurse besuchen konnte. Ich musste zwar nicht bei Null anfangen. Dennoch verstand ich nur ein Viertel und manchmal noch weniger der Dialoge in den Sitzungen.

Fast ein Jahr später bekam ich im Magazin einen kleinen Job als Bildredakteur und einen weiteren kleinen Job als Fotograf in einer Flüchtlingshilfsorganisation. Dadurch konnte

ich auf einen großen Teil der finanziellen Hilfe verzichten. Und hier begannen meine ehrgeizigen Ambitionen, die deutsche Sprache auf einem höheren Niveau zu sprechen. Ich hoffe das hilft mir, mein Ziel zu erreichen: das Recht auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland.

Durch die politischen Veränderungen in Deutschland und ganz Europa wird meine Situation wieder instabil, weil meine Aufenthaltserlaubnis in einem Jahr ablaufen wird.

Nach drei Jahren in Deutschland bedeutet Partizipation für mich drei Dinge:

Die Sprache beherrschen, eine Arbeit in Vollzeit finden und mir Kenntnisse der Gesetzmäßigkeiten und Kultur der neuen Gesellschaft aneignen.

Schnelle Integration – aber wie?

MORTAZA RAHIMI

Stell dir vor, die Stadt hat auf gemeinsamen Wunsch, um schnell ein Ziel zu erreichen, eine Straße gebaut, in der die Mindestgeschwindigkeit 60 km/h gilt, aber die Fahrbahn ist so schlecht, uneben und mit scharfen Kurven, dass du gar nicht schneller als 30 km/h fahren kannst. Trotz dieses Problems verlangt die Stadt von dir, dass du auf dieser Straße mit der vorgeschriebenen Mindestgeschwindigkeit fährst, weil das der schnellste Weg zum gemeinsamen Ziel ist.

Das Berliner Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation ist genauso wie diese Straße. Schnelle Integration und mehr Teilhabe der Geflüchteten in Berlin soll das Konzept bringen, aber es fehlt die Antwort auf die Frage: wie?

Für Geflüchtete steht an erster Stelle das Erhalten einer Aufenthaltserlaubnis. Man sagt: Sprache ist der Schlüssel zur Integration in die Ge-

sellschaft. Aber ich würde sagen: Für einen Geflüchteten ist die Aufenthaltserlaubnis der Schlüssel zum Zugang zur Gesellschaft. Denn erst nach dem Erhalten einer Aufenthaltserlaubnis fühlt man sich auch von der Aufnahmegesellschaft akzeptiert. Zurzeit leben in Berlin rund 14.600 Menschen, die sich in Asylverfahren befinden. Dazu kommen Tausende, die aus dem Asylverfahren ausgeschieden und geduldet sind. Für diese Leute ist nur eine Sache wichtig: eine gesicherte Aufenthaltserlaubnis in Deutschland. Solange sie keine Aufenthaltserlaubnis haben, fühlen sie sich nicht als ein Teil der Gesellschaft, auch wenn sie mit attraktiven Sprachkursangeboten des Senates schon ein hohes Niveau in der deutschen Sprache erworben haben.

Es gibt auch andere Angebote im Konzept, die meiner Meinung nach eher eine Trennung zwischen den Ge-

flüchteten und der Gesellschaft schaffen. Zum Beispiel die Errichtung von separaten Kitas in Unterkünften oder der Bau neuer Sammelunterkünfte. Eine effiziente und gut gelungene Integration heißt, in der Gesellschaft zu leben und nicht am Rande der Gesellschaft. Das heißt, Flüchtlingskinder nicht von anderen Kindern zu isolieren und für Flüchtlinge auch Zugang zu regulärem Wohnraum zu schaffen.

Als ein Flüchtling, der seit sechs Jahren in Berlin lebt und der sich bis jetzt auch mit allen Problemen, die ein Flüchtling hat, auseinandersetzen musste, hätte ich mir gewünscht, dass der Senat in dem neuen Konzept der grundlegenden Hürde von Integration und Partizipation der Neuankommen mehr Aufmerksamkeit schenken würde. Doch das ist leider nicht der Fall.

Mitwirkende & Autor*innen



Hareth Almukdad wurde 1986 in der syrischen Stadt Bosra geboren. Er hat Journalismus an der Universität in Damaskus studiert und zwei Jahre als Journalist gearbeitet. Seit 2016 lebt er in Deutschland. Bei der kulturTÜR leitet er seit Januar 2018 die Bildredaktion und seit Sommer 2018 auch die arabische Redaktion.



Mortaza Rahimi wurde 1991 in Kabul geboren und arbeitete dort als Journalist bei einer Zeitung und beim Fernsehen. Nach Todesdrohungen der Taliban flüchtete er mithilfe von „Reporter ohne Grenzen“. Seit Ende 2011 lebt er in Deutschland und schreibt z.B. auch für die taz. Bei kulturTÜR leitet er die persisch-sprachige Redaktion.



Kathrin Kowarsch wurde in der Oberlausitz geboren und kam einst zum Studium nach Berlin. Die gelernte Slawistin hat als Verlagslektorin zahlreichen Büchern ans Licht der Welt verholfen, war in der Migrationsforschung tätig und arbeitet nun im Info-Center der DRK Berlin Südwest gGmbH.



Somayeh Rasouli wurde 1999 im Iran geboren und wuchs dort als afghanische Staatsbürgerin auf. Seit September 2016 lebt sie in Berlin. Sie macht eine Ausbildung zur Krankenpflegerin.



Thomas Luthmann wurde 1976 in Berlin geboren und ist bei der DRK Berlin Südwest gGmbH für den Bereich Kommunikation zuständig. Seit Ende 2018 ist er Projektkoordinator der „kulturTÜR“.



Yvonne Schmitt, Mutter Deutsche, Vater Iraner, studierte Islamwissenschaften, schrieb Bücher und Artikel zu Iran und Jordanien. Sie arbeitete in der Presseabteilung einer Akademie in München und zog 2010 berufsbedingt nach Berlin. Brücken schlagen zwischen Europa und dem Orient ist nach wie vor ihr wichtigstes Anliegen.



Juliane Metz ist „waschechte“ Berlinerin. Fremde Kulturen haben es ihr angetan, ebenso das Managen von Projekten, Fotografieren und selber Schreiben. Sie arbeitet als Ehrenamtskoordinatorin in Berliner Gemeinschaftsunterkünften und ist damit „nah dran“ am Schicksal geflüchteter Menschen und am Wirken von Ehrenamtlichen.



Rita Zobel lebt seit 1983 in Berlin. Sie hat umfangreiche Erfahrungen im internationalen Projektmanagement gesammelt und verschiedene Programme zwischen Europa und Asien aufgebaut. Beim DRK leitet sie seit Herbst 2016 das kulturTÜR-Projekt.

IMPRESSUM



Foto: Hareth Almukdad

HERAUSGEBER

DRK Berlin Südwest gGmbH
Düppelstraße 36
12163 Berlin
Tel.: 030 790113-56
redaktion@drk-berlin.net
www.drk-berlin.net

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Holger Höringkle
Sitz der Gesellschaft: Berlin
Handelsregister: HRB 75266
Gesellschafter der DRK Berlin Südwest gGmbH ist der DRK Kreisverband Berlin Steglitz-Zehlendorf e.V. Die DRK Berlin Südwest gGmbH ist über den Gesellschafter Mitglied beim Deutschen Roten Kreuz Berlin, Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.

REDAKTIONSLEITUNG

Thomas Luthmann (Koordination)
Dr. Rita Zobel (Projektleitung)

AUTORINNEN UND AUTOREN

Hareth Almukdad, Juliane Metz, Mortaza Rahimi, Somayeh Rasouli, Yvonne Schmitt, Rita Zobel.

KORREKTUREN

Kathrin Kowarsch

GESTALTUNG

Dong-Ha Choe

BILDREDAKTION

Hareth Almukdad

BILDNACHWEIS

Bei allen Fotos und Grafiken erfolgt die Urhebernennung direkt am Bild.

AUFLAGE

2.000 Stück, gedruckt in Deutschland

VERBREITUNG

Die gedruckte Auflage wird in öffentlichen Einrichtungen (Bürgerämtern, Bibliotheken) sowie in Gemeinschaftsunterkünften des Bezirks Steglitz-Zehlendorf ausgelegt. Sie ist darüber hinaus im Info-Center der DRK Berlin Südwest gGmbH erhältlich (Adresse: Düppelstraße 36, 12163 Berlin, S + U Rathaus Steglitz, Öffnungszeiten: Mo-Do 9-18 Uhr, Fr 9-16 Uhr) oder auf den Webseiten www.kulturtuer.net sowie www.berlin.de/sen/ias/.

PREIS

kulturTÜR ist kostenlos

ERSCHEINUNGSZEITPUNKT

März 2019

INTERNATIONALE STANDARDNUMMER FÜR FORTLAUFENDE SAMMELWERKE

ISSN-Print 2569-0752
ISSN-Online 2569-1503

HINWEIS AUF URHEBERRECHT

Eine Verwendung der urheberrechtlich geschützten Inhalte ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung von der DRK Berlin Südwest gGmbH unzulässig und strafbar, sofern sich aus dem Urheberrechtsgesetz nichts anderes ergibt. Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern oder nachzudrucken. Es bestehen keine Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse oder Rechtsbeziehungen zu Presse- und Rundfunkunternehmen. Die Artikel in kulturTÜR spiegeln die Meinungen der Autoren und Autorinnen wieder. Sie repräsentieren nicht unbedingt die Ansicht der Redaktion und des Herausgebers. Die Anschrift für alle unter diesem Abschnitt genannten Redakteure/Redakteurinnen ist: Redaktion kulturTÜR, Düppelstraße 36, 12163 Berlin (redaktion@drk-berlin.net)

KONTAKT

Redaktion kulturTÜR
Düppelstraße 36
12163 Berlin
redaktion@drk-berlin.net

FÖRDERER

Das Projekt wird gefördert mit Mitteln des bezirklichen Integrationsfonds Steglitz-Zehlendorf. Der Integrationsfonds ist eine Maßnahme des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter des Senats von Berlin.



DRK Berlin Südwest gGmbH



KULTURTÜR IM NETZ

Auf unserer Website
www.kulturtuer.net
können Sie alle Artikel auch online lesen.

شاركنا

COME AND JOIN US

TO WRITE A MULTILINGUAL MAGAZINE
WITH NEIGHBORS IN STEGLITZ-ZEHLENDORF
- REFUGEES, SETTLED, NATIVES -
WITH AND WITHOUT JOURNALISTIC KNOWLEDGE.

MEETING

EVERY WEDNESDAY

3 TO 5 PM

في مجلتنا المتعددة اللغات و التي هي صلة الوصل بين الوافدين الجدد ، و
القدامى و أهالي برلين ، من الصحفيين و غير الصحفيين
موعد اللقاء
كل يوم أربعاء من الساعة ١٥:٠٠ الى ١٧:٠٠ بعد الظهر

JOIGNEZ-VOUS À NOUS ET PARTICIPEZ À NOTRE NOUVEAU JOURNAL MULTILINGUE

conçu par et avec les voisins du quartier, par des réfugiés ou non
réfugiés, par des Berlinoises anciens ou nouveaux, avec ou sans
connaissances journalistiques.
Rendez-vous tous les mercredis de
15:00 à 17:00 heures



MACHEN SIE MIT

bei unserer mehrsprachigen Zeitung
von, mit und für (neue) Nachbarn im Kiez,
Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete, Neu- und Alt-Berliner,
mit und ohne journalistische Kenntnisse.

TREFFEN JEDEN MITTWOCH VON 15 BIS 17 UHR

DRK, Düppelstraße 36, 12163 Berlin (S+U Rathaus Steglitz)
Kontakt: 030-790113-56, redaktion@drk-berlin.net
Unterstützt vom Bezirk Steglitz-Zehlendorf

ናይ ባህሊ መዓጾ

ምጹኡ ምሳና
ጋዜጣና፡ ብብዙሕ ቃንቃታት
ብገጽቦትን ምስ ገጽቤትን
ሓድሽን ነባርን
ጋዜጣኛን ዘይ ጋዜጣኛን
ዝካፈሎ ጽሑፍ ኢዩ።
እኩባና ረቡዕ ረቡዕ ካብ 15 ክሳብ 17
ኣድራሻና

با ما همکاری کنید!

با زبانهای مختلف در مجله ما
از همسایه ها با همسایه ها و برای همسایه های جدید در منطقه
مهاجر و غیر مهاجر. برلینی های جدید و قدیمی
با آشنایی و بدون آشنایی با روزنامه نگاری
و عده ملاقات ما: هر هفته چهارشنبه از ساعت ۱۵ تا ۱۷
صلیب سرخ برلین

ПРИХОДИ И ПРИСОЕДИНЯЙСЯ

к редакции нашей многоязычной газеты
издаваемой для и при участии **новых жителей**
района,
беженцами и не-беженцами, новыми и старыми
берлинцами,
людьми с и без журналистских навыков.
Редакционное собрание
каждую среду с 15 до 17 часов
в офисе Красного Креста Берлин

kultur **TÜR**

Die kulturTÜR ist ein integratives Zeitungsprojekt von, mit und für Geflüchtete und ihre Nachbarn im Bezirk-Steglitz-Zehlendorf. Das Magazin erscheint seit Januar 2017 regelmäßig vierteljährlich und ist auch auf der Webseite www.kulturtuer.net verfügbar.

kulturTÜR steht für Begegnung und Dialog. Begegnung wird erst möglich, wenn wir unsere Türen öffnen. Das ist kein einseitiger Prozess: Nur wer bereit zum Austausch ist und offen auf andere zugeht, wird eine Bereicherung durch die verschiedenen Kulturen erfahren. Mit der kulturTÜR möchten wir die Tür zwischen Neuankömmlingen und Einwohnern öffnen. Wir wünschen uns, dass möglichst viele Leute durch sie hindurch und aufeinander zu gehen; dass Menschen, egal woher sie kommen, miteinander kommunizieren, sich kennenlernen, Freunde werden.